

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inndeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld.
Einzelnnummern 40 Bfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtsparlatte Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum M. 1.—, auswärts M. 1.20. : Reklame-
zeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewahrung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 23

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 28. Januar 1922

Februar 179

56. Jahrgang

Sagespiegel.

Der Reichsverkehrsminister richtet an die Eisenbahner eine Warnung, den Dienst willkürlich zu verweigern. Sowie das Reich das Anstellungsverhältnis willkürlich ändern dürfe, ebenso wenig habe der Angestellte ein Recht auf Arbeitsverweigerung. Gegen derartige Dienstvergehen werde unweigerlich mit Disziplinarverfahren und vorläufiger Dienstenthebung eingeschritten werden.

Der Völkervertrag in Paris hat auf den Bericht des Generals Nollet entschieden, daß die militärischen Ueberwachungskommissionen in Deutschland mindestens noch bis 30. September d. J. weiterbestehen sollen. — Es ist begreiflich, daß die Herren auf ihre fetten Pfänden nicht so bald verzichten wollen.

Der österreichische Nationalrat hat den politischen Vertrag von Lana mit der Tschechoslowakei mit 104 (Christlich-Soziale und Sozialdemokraten) gegen 23 Stimmen (Großdeutsche) angenommen. Der Präsident gab von dem Rücktritt der Regierung Kenntnis.

Wochenrundschau.

Am 22. Januar früh sechs Uhr ist Papst Benedikt XV. im 88. Lebensjahr aus seiner weltgeschichtlichen geistlich-politischen Wirksamkeit durch einen raschen Tod abberufen worden. Man muß weit in der Reihe der Päpste zurückgehen, um ein Pontifikat zu finden, das in ähnlicher Weise durch die Entwicklung der Dinge begünstigt worden ist; man wird aber auch nur wenige Päpste zu nennen vermögen, die eine solche Zeit mit mehr Klugheit und Geschick zu benutzen verstanden haben. Es wird eine merkwürdige Tatsache bleiben, daß in einem Krieg, der die drei größten Herrscherhäuser, die über tief eingewurzelte Ueberlieferungen und Millionen von Bewaffneten verfügten, vernichtete, eine Macht ihre Stellung behaupten und gewaltig erhöhen konnte, die über kein Heer verfügte und durch die Welterschütterung so schwer bedroht war, daß nach dem Eintritt Italiens in den Krieg die Ueberlieferung der Kurie nach Spanien ernstlich in Frage kam. Papst Benedikt hat im vergangenen Jahr einmal zu einem deutschen Zeitungsmann gesagt, der Weltkrieg habe mit einem Sieg über Luther geendet. Der Sieg war nicht von Ignatius von Loyola, sondern von Calvin und der in ihren Ursprüngen aus seinem Geist entstandenen Demokratie erungen. In Wilson von entstand eine Art demokratischer Gegenpapst. Freilich war Wilson, weder moralisch noch an Verstand dazu befähigt, mit dem „Völkerbund“ bald konfrontiert. Und da von den übrigen Großen der Welt die einen sich gegenseitig vernichteten und die andern sich selbst bloßstellten, so war das wachsende Ansehen der römischen Kurie die gegebene Folge. Diese Umstände klug benützt zu haben, das ist das eigenste Werk Papst Benedikt XV.

Im Reichstag kam endlich der Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Beratung. Der Entwurf sieht drei Arten von Schulen vor: 1. die (weltliche) Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht, der aber mit dem übrigen Unterricht außer Zusammenhang steht, 2. die Bekenntnisschule für Schüler eines bestimmten christlichen Bekenntnisses, 3. die bekenntnisfreie Schule, die teils als „weltliche“ im Gegensatz zu den Bekenntnissen steht, teils zur Aufnahme von Schülern bestimmt ist, die für kein bestimmtes Bekenntnis erzogen werden sollen. Die Begriffsbestimmung der Gemeinschaftsschule und der „weltlichen“, bewirkt gegen die Bekenntnisse gerichteten Schule des Entwurfs ist nun aber mit den Schulbestimmungen der Weimarer Reichsverfassung im Widerspruch. Die Gemeinschaftsschule der Verfassung ist nämlich als eine christliche Schule gedacht, während in derjenigen des Gesetzesentwurfs der Religionsunterricht nur geduldet ist. Andererseits kennt die Verfassung die „weltliche“ Schule des Entwurfs nicht. Außerdem will der Entwurf die seitherigen Simultanen (christlichen Gemeinschaftsschulen) nur auf Baden, Hessen und Nassau beschränken und sie auch dort nur „bis auf weiteres“ erhalten wissen, während die Verfassung diesen Schulen den Bestand uneingeschränkt zugesichert. Wenn also die Mehrheit des Reichstags dem Gesetzesentwurf zustimmen wollte,

so müßte zur Gültigkeit des Gesetzes erst die Verfassung entsprechend geändert werden. Die mißglückte Fassung der Gemeinschaftsschule des Entwurfs findet aber im Reichstag selbst wenig Anklang und sie dürfte wohl unter den Tisch fallen, es sei denn, daß sie wieder mit dem Sinn der Verfassung in Einklang gebracht würde. Soweit sich aus den Verhandlungen der ersten Lesung erkennen ließ — der Entwurf ist inzwischen in die Kommission gegangen —, wird es in der Hauptsache bei der Bekenntnisschule und der neu einzuführenden bekenntnisfreien „Weltanschauungsschule“ bleiben. Baden will an seiner alten Simultanen Schule festhalten.

So wichtig der Schulgesetzentwurf ist, so fand er bei halbbletem Haus doch nur wenig Interesse. Alles drehte sich um die Steuer vorlagen, um die seit Wochen gefeilt wird und die, wenn man den Berliner Blättern hätte glauben dürfen, hart an den Rand einer Regierungskrisis führten. Aber es war noch jedesmal so in Berlin: man handelt und schwärmt über eine Vorlage ins Unendliche oder bis knapp vor Voranschluß, und dann kommt gerade noch wie mit einem Blitzschlag die Verhandlung zustande. Die Zeit spielt im Zeichen der Papiermark für unsere Parlamentarier keine Rolle mehr. Die Verständigung ist am 26. Januar fertig geworden und die Sozialdemokratie bringt als „sicheres Opfer des Besizes“ zwar nicht die „Erlassung der Geldver.“ oder Sachwerte, aber die Zwangsanleihe in Höhe einer vollen Goldmilliarde nach Hause. Diese Zwangsanleihe, die von Industrie und Landwirtschaft aufgebracht werden soll, sieht sich von außen nicht übel an, sie hat aber doch ephemerer Schönheit. Es wird nämlich nicht ganz so leicht sein, für sie eine brauchbare und klare Gesetzesformulierung zu finden, überhaupt wird die praktische Durchführung erst die Schwierigkeiten eines derartigen Eingriffs in die „Brennpunktindustrie“ bestimmter Erwerbszweige anzeigen. Ob überhaupt in der Zeit, wo die Reichsregierung das flüssige Geld braucht, d. h. eigentlich jetzt schon, denn am 28. Januar und fernerhin alle 10 Tage sind je 31 Millionen Goldmark Kriegsanleihebrücken fällig — dieses Geld schon an dem Zwangsanleihebrücken sprudeln wird, das ist billig zu bezweifeln, wenn man sich der ruhmreichen „Eil“ erinnert, in der die anderen Steuerentwürfe vorwärts stürmen. Was die Verzinsung der Anleihe anlangt, so ist die Lösung dieses Knotens der Vollziehung des Reichstags vorbehalten geblieben; leicht wird sie aber auch nicht sein, denn nach der Absicht der Väter des Gedankens sollte die Anleihe gar nicht verzinst werden — und das wäre natürlich die denkbar einfachste Lösung —, nun aber soll sie wenigstens auf eine gewisse Zeit, nämlich 3 Jahre, zinslos sein. Originell ist jedenfalls der weitere Vorschlag, daß die Zwangsgläubiger, Industrie und Landwirtschaft, nicht nur die Goldmilliarde aufzubringen, sondern auch die Anleihe zu verzinsen und „heimzuzahlen“ haben. Auch da werden sich Schwierigkeiten ergeben, denn die Verzinsung wird jährlich bei 4 Prozent etwa 2 Milliarden Papiermark ansprechen. Aber was bleibt denn anders übrig, wenn Poincare in der französischen Kammer schon deutlich genug angekündigt hat, die Reichsregierung dürfe keine inneren Reichsschulden mehr verzinzen, ehe die unerwünschten Entschädigungsordnungen nicht bei Heller und Pfennig bezahlt seien, und wenn unsere unvergleichliche Banknotenpresse in Berlin von der Wiederherstellungskommission an die Kette gelegt werden soll!

Und die Kommission wartet mit Argusaugen auf den „Plan der Neuordnung der deutschen Finanzen“, der auf 27. Januar bestellt ist. In einer Frist von 14 Tagen hatte die Reichsregierung eine Aufgabe zu erledigen, die der Oberste Rat auf 10 Konferenzen nicht fertiggebracht hat. Der Plan ist fix und fertig, nur auf die Steuerverständigung mußte man noch warten, da sie ohne Zweifel der wichtigste Teil des „Plans“ ist. Die Dürre, die fast immer guter Dinge ist, wenn sie selber keine Opfer zu bringen hat, ließ flugs den Dollar herunter- und die Mark hinaufstrecken. Hoffentlich enthält aber der Plan keine zu weitgehenden Versprechungen, die wir nicht erfüllen können, sonst geht es uns wieder wie in Versailles und Spa und London: Ihr habt es ja selbst geschrieben, also müßt ihr es halten! Es kommt in diesem vor allem darauf an, ob der Plan der Wiederherstellungskommission oder dem Herrn Poincare genügt. Wir wollen uns keinen Täuschungen hingeben. Hat doch Poincare erklärt, nichts, auch nicht

das Geringste soll nachgelassen werden. Und was hat Lloyd George in seiner Wahlvorbereitung in Westminster gesagt? Er haberte ein wenig mit Poincare, weil dieser den Obersten Rat für ein ausgespieltes Klavier hält, während Lloyd George sich nichts Kostlicheres und Erspriechlicheres denken kann, als eine möglichst ausgedehnte Obersten-Rats-Besprechung unter vier oder mehr Augen in einem guten Hotel. Hätte es die segensreiche Einrichtung des Obersten Rats schon 1914 gegeben, meinte er, so wäre es nicht zum Krieg gekommen. Was müssen Grey, Poincare und Konjoren für pfiffige Gesichter gemacht haben, als sie diese Orakelweisheit ihres Herrn Kollegen vernahmen! — Dann aber fuhr Lloyd George fort: Die Deutschen haben Frankreich mutwillig zerstört, deshalb müssen sie alles bezahlen und sie können alles bezahlen. Genau daselbe sagt auch Poincare! Nur in Deutschland gab es verdorbene Gesichter bei Leuten, die den bedenkenlosen Walfisch ihr Lebtage nicht begreifen. Lloyd George muß um jeden Preis „seine“ Konferenz von Genua haben, sonst ist er geliefert. Er muß „den Frieden der Welt und das internationale Vertrauen herstellen“, wie er in Westminster sagte; auf englisch: die Handherrschaft Englands muß wieder ins Gleis kommen, damit die 2 Millionen Arbeitslosen und die mehr als 2 Milliarden Goldmark, die die Arbeitslosenunterstützung seit dem Londoner Ultimatum im Jahr in England verschlingt, aus dem Postfach verschwinden. Es ist eine Kleinigkeit, wenn um diesen Preis England auf die 400 Millionen Goldmark verzichtet, die es aus der ursprünglichen Ultimatumszahlung erhalten sollte. Aber Poincare ist ein hartnäckigerer Partner als Briand, und derzeit fester im „Vertrauen“ der herrschenden Mehrheit des Parlaments „verankert“, als Briand es je war. Poincare will die erste und „größte“ Konferenz, die die Welt gesehen — 45 Völkern, 1000 Sachverständigen mit Trabanten und natürlich 500 Zeitungsberichterstatter werden zu dem Fest in Genua erscheinen —, nach Möglichkeit verschmähen, wie man beim Soufflerhandel das Tier schneidet, das man gerne haben möchte. Lloyd George versteht und er ist gewiß nicht engherzig. Der Briten hat den Franzosen noch nie leiden können und umgekehrt, aber dennoch brauchen sie einander, und die beste Brücke über den politischen Kanal ist seit Versailles Zeiten immer „die deutsche Schuld am Krieg“ gewesen, die Lloyd George mit der verschärfenden Beschuldigung der „mutwilligen Zerstörung“ wieder so eindringlich betont hat. Auch Poincare versteht. Bis zu Genua und während dieser Tage wird man noch einem mächtigen Krach zwischen Paris und London entgegensehen dürfen, — und dann wird uns eine Kostenrechnung präsentiert werden, daß uns die Augen übergehen. Die beiden andern aber werden wohl ihre besonderen Zwecke erreichen, ob Amerika mittut oder nicht; die anscheinende Spitzigkeit Hardings hat jedoch ihren bestimmten Zweck, worüber Lloyd George wohl die beste Auskunft geben könnte.

Reichstag.

Berlin, 27. Jan.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Die gestrige Sitzung begann kurz nach 6 Uhr. Das Haus war sehr gut besucht, die Tribünen überfüllt. Zunächst wird die Beschlussfassung des Reichstags vom 18. Dezember v. J. auf Genehmigung weiterer sechs Millionen Mark zur Förderung des Nachrichtenwesens im Ausland wiederholt. Zur Abstimmung ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Reichstag stimmt zu. Es folgt die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Hauptfrage in der Politik der Reichsregierung, der Erfüllung der Vertragsverpflichtung, hat in den letzten Wochen die hauptsächlichste Arbeit und Sorgfalt der Regierung gegolten. An die Bank von England wurde das Eruchen gelehrt, Deutsch und die Zahlung der nächsten Leistungen durch eine langfristige Anleihe von etwa 500 Millionen Goldmark oder durch entsprechende kurzfristige Bankkredite zu ermöglichen. Dieses Eruchen ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß unter den Bedingungen, die zurzeit die Zahlungsverpflichtungen beherzigen, ein Kredit in England nicht erhältlich sei. Damit war zum erstenmal aus den Reihen unserer ehemaligen Gegner festgestellt, daß die Lasten, die Deutschland auferlegt wurden, seine Kreditwürdigkeit vernichteten. Die Folgerung war das Gesuch an die Wiederherstellungskommission um Stau-



dung. Dieses Gesetz ist in Cannes dahin beantwortet worden, daß die Zahlungen unter einer gewissen einseitigen Regelung gestundet würden und daß die endgültige Beschlußfassung über eine Veränderung des Zahlungsplans für 1922 auf Grund eines von der deutschen Regierung innerhalb 14 Tagen vorzuliegenden Reformprogramms erfolgen solle. Dieses Programm wird morgen der Wiederherstellungskommission übergeben werden.

Der französische Kabinettswechsel ist fast in der ganzen Welt als ein Zeichen dafür angesehen worden, daß der Wiederherstellung eines dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Friedens in Europa noch Rückschlüsse ziehen könnten. Poincaré hat erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn durch diese Worte der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine Entschuldigungsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut widersprechen. Deutschland hat seit Annahme des Londoner Ultimatums Barleistungen von 1108 Millionen Goldmark und Sachleistungen von 420 Millionen Goldmark abgeführt. Hinzutreten die im Abrechnungsverfahren seit dem Friedensschluß abgeführten 500 Millionen Goldmark. Hinzukommen auch die vor dem Ultimatum getätigten Leistungen Deutschlands: Die Ablieferung der Handelsflotte und der Lokomotiven und Eisenbahnen, der Seefabel usw.

Poincaré sagt weiter, Deutschland habe auch nicht leisten wollen. Unsere Rechtfertigung und Aufklärung hat manches erreicht, die Vorwürfe Poincarés aber machen den Eindruck, als ob wir in Frankreich tauben Ohren gepredigt hätten und man uns dort nicht hören wolle. Wir werden in Genua Gelegenheit finden, den beharrlichen Irrtümern entgegenzutreten. Der Vorwurf der Parteilichkeit des Reichsgerichts muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Nicht nur Angehörige neutraler Staaten, auch Mitglieder der englischen Delegation haben diese Unparteilichkeit wiederholt ausdrücklich betont. (Hört! Hört!) Wie die von Deutschland seinerzeit verlangte Auslieferung von „Kriegsverbrechern“ physisch unmöglich war, so wird auch die Auslieferung im vierten Jahr nach Beendigung des Kriegs unmöglich sein. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die französische Regierung diese Frage der sogenannten Kriegsverbrechenden und noch andere Fragen, so die angeblich noch nicht durchgeführte Entwaffnung dazu benötigen will, um von neuem das System der Garantien und „Sanktionen“ anzuwenden.

Wir werden diesem gänzlich negativen und unfruchtbaren Programm der französischen Regierung ein positives Programm entgegenzusetzen, den baldigen vollständigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens.

Die neuen Steuern sind folgendermaßen zu skizzieren. Das Gesamtaufkommen wird auf rund 100 Milliarden Mark geschätzt. Das bedeutet fast eine Verdoppelung der im Haushalt 1921 eingestellten 55 Milliarden Mark. Um dieses Ziel zu erreichen, war ein Kompromiß notwendig, das heute zustande gekommen ist. (Lachen auf der äußersten Linken. — Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei waren alle Parteien daran beteiligt. Bei der Vermögens- und bei der Vermögenszuwachssteuer sind die von der Regierung vorgeschlagenen mittleren Tarife vorgesehen. Der Zuschlag zur Vermögenssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden, die in den ersten drei Jahren unverzinst bleiben soll. Dadurch sollen die Mittel für die Kredite flüssig gemacht werden, die durch das Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1922 bereitgestellt und nicht für die Verlehrsanstalten bestimmt sind. Die Nachkriegsgewinnsteuer soll fallen gelassen werden, da ihre Erhebung den Finanzämtern eine nicht im Verhältnis zu dem Aufkommen stehende Arbeit verursachen und die Erhebung der übrigen Steuern erheblich verzögern würde. Bei der Umsatzsteuer soll ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen. Die viel umstrittene Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften soll aus der Erörterung ausscheiden. Insofern soll es bei der Regierungsvorlage sein Bewenden haben. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40

Prozent betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage. Die Zuckersteuer wird mit Rücksicht auf die starke Vorkaufnahme durch die Umfassung der Kohlensteuer und auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsernährung auf 50 Mt. der Doppelzentner festgesetzt. Die Steuer für Kaffee, Tee und Kakao wird nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden. Die Regelung der Gemeinde-Vierbesteuerung soll der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Die Einheit der gesamten Steuervorlage soll durch ein Mantelgesetz gewahrt werden. In diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden. Im Anschluß an dieses große Gesetzgebungswerk soll bei den sonstigen Steuern geprüft werden, ob und inwieweit sie der Geldwertung anzupassen sind.

Ich beziehe mich auf das Wort des englischen Ministerpräsidenten vom internationalen Vertrauen, das ein großes politisches Bekenntnis ist, indem ich darauf hinweise, daß auch das deutsche Volk, die deutsche Demokratie die Förderung nach Vertrauen erhebt mit Rücksicht auf das, was sie bisher geleistet hat. Der Wiederaufbau Rußlands, dem aus der Konferenz von Genua besonderes Interesse zugewandt wird, kann nur im Verein mit Rußland durchgeführt werden. Wir würden die größten Bedenken haben gegen eine Politik, die Rußland als eine Kolonie betrachtet und behandelt wissen möchte.

Der Reichskanzler gedachte sodann der Beerdigung des verstorbenen Papstes Benedikt XV., in dem Deutschland und die ganze Welt einen großen Völker- und Menschenfreund, den größten Förderer des Friedens verloren habe. Auch heute gilt der Ruf: Gebt der Welt den wahren Frieden! (Starker Beifall.)

Abg. Graf Westary (D.nat.): Im Namen meiner Parteifreunde kann ich nur unserem äußersten Befremden darüber Ausdruck geben, wie man den für morgen geforderten Reform- und Garantieplan im Reichstag und wie ihn vor allem jetzt der Reichskanzler behandelt hat. Dieser Plan und die Einschränkung unseres Papierumlaufs enthält Verpflichtungen, die von dem parlamentarischen System nicht eingegangen werden können ohne Zustimmung des Reichstags. (Zustimmung rechts.) Der Plan ist vielleicht schon abgelehnt. Der Reichstag hat sich damit noch nicht beschäftigt. Eine Prüfung von sachlichen Gesichtspunkten aus ist unter diesen Umständen nicht möglich. Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen Frankreich und England offenbar hinsichtlich der französischen Politik, die nach wie vor darauf eingerichtet ist, Deutschland zu zertrümmern. England dagegen greift, daß der Versäcker Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum für das englische Wirtschaftsleben schwere Schäden gebracht haben, und ist bereit, praktische Folgerungen daraus zu ziehen. Die Zwangsanleihe wird keine Steigerung der deutschen Unternehmungslust bewirken und die Kreditnot wird verschärft werden. Wir müssen allerdings nach dem verlorenen Krieg den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete leisten, aber das deutsche Anerkennen führt darüber hinaus. Wir wollen eine Politik der absoluten Ehrlichkeit. (Lebhafter Beifall rechts.)

Berlin, 27. Jan.

(161. Sitzung.) Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr und bedankt sich, während das Haus sich erhebt, des Ablebens der Frau Abg. Rich (Anab.).

Die Ansprache über die Mexikaner-Verklärung. Abg. Müller-Franken (Soz.) wendet sich gegen die Amerikanerpolitik der Rechten während des Krieges. Die Rechte wolle es auf die Befehle des Mühlrocks ankommen lassen (Lachen rechts). „Es kommt ja doch dazu.“ Großer Lärm links. Abg. Focke (Anab.): „Das ist das Geständnis ihrer verbrecherischen Tümmel.“ Unruhe rechts. Eine Politik, die zur Befehlsanleihe führt, ist wirklich nicht staatsverhaltend. Nur unter dem Druck der feindlichen Nationen haben wir der Politik der Verschonung zustimmte. Wenn der Versuch mißlungen ist, so sind die französischen Kabinettstreffs daran schuld. London hat zur Schaffung einer besseren Atmosphäre und dann nach Cannes geführt. Wir haben einen gewissen Erfolg verzeichnen können. Am Auslande überläßt man die monarchistischen Kreise Deutschlands nicht. Wenn diese das Volk

zu einem Mehrheitsbesatz aufheben wollen, so würden sie einen weiteren aber vielschlimmeren 9. November erleben. Wir müssen alles tun, um nicht auf blutreichste Weise zu kommen. Die Landwirtschaft ist zur Verteidigung an der Agrarsozialistischen durchaus im Stande. Freilich winkt uns die Entente zur Heraushebung des Preises für Brot und andere Lebensmittel. Eine Reichsstaatsaufstumpfung von Genua ist unmöglich. Mit dem Feldzug gegen die Weltflotte von der Allenschild Deutschlands sind wir durchaus nicht einverstanden. Abg. Marx (A.): Immer weitere Volksteile bekennen sich zur Politik des Reichskanzlers. Eine Einigung in der Steuerfrage war notwendig. In gleicherweise sollen die Besthenden und die breiten Schichten des Volks die neuen 100 Milliarden an Steuern aufbringen. Die Vertreter der Landwirtschaft werden am nächsten Sonntag darüber beraten, wie sie einen Teil der Last auf ihre Schultern nehmen können. Man spricht von 20 Milliarden.

Neues vom Tage.

Die Brotgetreideversorgung gesichert.

München, 27. Jan. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags wurde ein Antrag der Mehrheitssozialisten und der Bayerischen Volkspartei über ein großzügiges Hilfswerk zugunsten der Minderbemittelten behandelt. Da in der Aussprache erneut behauptet wurde, Deutschland werde am 1. Mai kein Brotgetreide mehr haben, teilte der Landwirtschaftsminister ein ihm zugegangenes Schreiben der Reichsgetreidestelle mit, aus dem hervorging, daß die Brotgetreideversorgung bis Mitte Juli gesichert sei, und zwar die heute gegebene Proportion. Es sind an Inlandgetreide fest gekauft und vorhanden: 130 000 Tonnen und aus dem Auslande 1 650 000 Tonnen. Von diesem Auslandsgetreide sind nur noch 200 000 Tonnen zu liefern.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 27. Jan. Die Regierungskommission des Saargebiets hat das Auftreten der Reichstagsabgeordneten Klara Reikin in einer von der Kommunistischen Partei des Saargebiets einberufenen Versammlung verboten.

Aufstände in Ägypten.

Kairo, 27. Jan. Ein Telegramm des „Mondo“ aus Kairo meldet: Die englischfeindlichen Aufstände in Ägypten haben einen großen Umfang angenommen. Es ist zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Nationalisten und der Polizei gekommen, in deren Verlauf es 190 Tote und über 1000 Verwundete gab. Die Aufständischen waren mehrere Stunden lang Herr der Stadt Kairo, die erst mit einem großen Truppenaufgebot wieder in die Gewalt der britischen Behörde kam.

Kann die Dürre zutreffen?

Mosk., 27. Jan. Nach Meldungen aus dem Balkangebiet besteht die Gefahr, daß die Dürre zutreffet, wenn die Kälte noch einige Tage in der bisherigen Stärke anhält. Der Präsident der Sowjetunion hat an verschiedenen Stellen wegen starken Frostes einstellt werden. Die See selbst weist noch kein Treibeis auf. — Der Elbe-Travelanal ist eiseshalber für alle Fahrzeuge gesperrt.

Das deutsche Eisenwerk in Paris.

Paris, 27. Jan. In Paris ist im Auftrag des amerikanischen Handelsministers Hoover Martin Kern eingetroffen, um an Ort und Stelle Erhebungen über das deutsche Eisenwerk anzustellen, das nach dem Friedensvertrag Amerika zufließt.

Die Pension für den Exkaiser Karl.

Paris, 27. Jan. Die Politischer-Konferenz bestimmte, daß Exkaiser Karl von den Nachfolgestaaten eine jährliche Pension von 6 Millionen Franken erhalten soll.

Württemberg.

Stuttgart, 27. Jan. (Vom Landtag.) Vom Abg. Pflüger (Soz.) ist eine kleine Anfrage über die Verzögerung der Eingemeindung von Bönning, Rallental, Heddingen und Dertelrich im nach Stuttgart eingebracht worden. Die Gruppe der Kommunisten hat eine Große Anfrage eingereicht über die seit 9. November 1918

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Hæker.

57.

(Nachdruck verboten.)

Keiner von ihnen hatte während des ganzen Vorganges auch nur einen Moment den Verhafteten außer acht gelassen; dieser hatte dem Bericht des Schutzmannes gierig gelauscht und machte nun der Wit, die augenscheinlich in ihm wählte, durch höhrende, beschimpfende Worte Luft. Aber der Untersuchungsrichter schnitt ihm kurz das Wort ab und verfügte seine Zurückführung in das Gefängnis. „Wir besprechen uns morgen weiter, bis dahin werden Sie sich wohl auch auf manche Einzelheiten besonnen haben, die jetzt Ihrem Gedächtnis abhandeln gekommen sind,“ meinte er lakonisch. „Für jetzt haben wir uns mit Wichtigem als mit Ihnen zu beschäftigen.“

Im „Goldenen Lamm“ hatte sich inzwischen das durch die düsteren Begebnisse vorübergehend unterbrochene Alltagsgetriebe wieder ins alte Geleise zurückgefunden. Schon vor dem Doppeltönnis war der Wirtschaftsbetrieb im vollen Umfang wieder aufgenommen worden. Besonders in den Abendstunden waren die Gasträume von Neugierigen gefüllt, die gekommen waren, sich das Haus selbst anzusehen, zu gaffen und zu fragen. Die Lammwirtin hatte einen harten Stand, all den neugierigen Frager auszuweichen. Aber sie wußte mit ihnen fertig zu werden, sie gab sich zurückhaltend ruhig und nach außen verschlossen wie immer, hatte dabei aber eine Art, die auch den Zubringlichsten abschreckte. Zudem hatte sie so ungemün viel zu tun, da jetzt die Sorgen der Haushaltführung ganz allein auf ihren Schultern ruhten, daß sie sich immer nur auf Augenblicke in den Gaststuden setzen lassen konnte. Sie war unermüdetlich in ihrer stumpfen Wittengewandlung auf, sehr zum Schrecken des Gesindes, das sich nun doppelt scharf kontrolliert wußte.

Aber es war nicht eigentlicher Arbeitsdrang, der sie so rastlos vorantrieb, sondern sie fürchtete sich vor dem Alleinsein. Denken zu müssen, war ihr eine Qual, und in unermüdetlicher Tätigkeit fand sie wenigstens Vergessen; mit krankhafter Begierde besah sie deshalb diesen sich ihr bietenden Ausweg. Blieben doch immer noch zu ihrer Seelenmarter die Nachstunden, in denen sie rettungslos zur Beute der nimmermüden auf enden Gedanken wurde, denn schlafen konnte sie nicht; selbst die ihr vom Kreisarzt verschriebenen Mittel versagten gegenüber der folsierenden Unrast in ihrer Seele. Des Zweifels schleichende Krankheit hatte sich indessen schon seit Jahren in ihr eingenistet, sie war ihn nicht mehr losgeworden und ihr, die sich des Allmächtigen Strafgewalt angemahnt, wurde immer häufiger vor ihrer Gottähnlichkeit bange. Dazu trat der Jammer ihres verstorbenen Lebens immer schärfer vor ihre Seele. Längst hatte sie den wahren Charakter ihres zweiten Mannes klar durchschaut, ihn in seiner ganzen Höllichkeit als eigennützig und herzzerstörend erkannt, immer mehr herausgehöhlt, daß er ein schrankenloser Egoist war, der nötigenfalls über Leichen dahinschritt, vermochte er dadurch dem eigenen Vorteil zu nützen; sie war auch der Tatsache immer mehr inne geworden, daß Bindewald sie nur aus Berechnung geheiratet hatte, weil sein Herz eines so erhabenen Geschäft, wie die Liebe ist, nicht fähig war; aber sie hatte doch bei ihm ausgehalten, kein Mensch, vielleicht nicht einmal ihr zweiter Gatte selbst, hatte etwas von der Tragödie ihrer Seele geahnt. Sie hatte an seiner Seite weitergelebt und ihre ungeheure Enttäuschung in ihres Herzens tiefsten Schrein gezwungen; sie hatte sich ihm ja freiwillig gegeben und auch nicht aus Liebe, sondern weil sie in ihm ein Werkzeug sah, das sie zu ihrem Racheverlangen brauchte — nun waren sie quitt; er gab ihr einfach das nicht, was sie ihm selbst nicht hatte geben können.

Aber noch schlimmerer Zweifel war gekommen. Immer häufiger war es geschehen, daß sie dem ersten Mann die Untat kaum mehr zuzutrauen vermocht, ja sich beinahe versucht gefühlt hatte, an seine leidenschaftlichen Unschuldsbeteuerungen zu glauben, die gleichzeitig eine furchtbare Anklage gegen ihren nachmaligen Mann enthielten. Einmal hatte sie es nicht lassen können, sie hatte sogar ihm gegenüber von all dem gesprochen, was ihr Herz bedrückte.

Mit offenem Mund und verglastem Blick hatte Bindewald ihren Worten gelauscht. „So hältst du wohl gar mich für den Mörder?“ hatte er sie angeschrien. „Noch ein solches Wort, Weib, und ich Sorge dafür, daß sie dich in das Narrenhaus sperren, wohin du so schon längst gehörst!“

„Daß du schuldig bist, sage ich nicht,“ hatte sie damals ihm furchtlos erwidert. „Ich sage nur, daß ich Himmel und Hölle in Bewegung setzen würde, wüßte ich auch nur einen leisen Hoffnungskeim für seine Unschuld — großer Gott, ich würde keinen schonen, denn das Unrecht wäre zu groß, das ich dann auf mich geladen!“ Da war der Lammwirt mit einem wässern Fluch aus dem Zimmer gegangen. Seitdem war dies gefährliche Thema niemals wieder zwischen ihnen berührt worden, ihrem grübeln Sinn aber hatte sich ein neuer Zweifel angefügt. Sie war den Gedanken nimmer los geworden, daß ihr Mann, fühlte er sich wirklich schuldig, nicht gewütet und gedroht hätte; ein Gefühl der Trauer hätte ihn darüber erfüllen müssen, daß sein eigenes Weib auch nur einen solchen Gedanken hatte ausdenken können. Da hatten sie immer häufiger Entsetzungsqualen bei der widerlichen Vorstellung geschüttelt. Sie mochte des eigentlichen Mörders Weib geworden und dulden ihm angehört haben, während der durch ihre Unklugheit schuldig Berurteilte sich in machtloser Raserei auf seinem harten Zellenlager wand und an Gott und der Welt verzweifelnb sie verfluchte. (Fortsetz. folgt.)

zur Verteilung gelangten Bergesehen gegen das leinende Leben.

Erhöhung der Ausschankpreise für Most. Die mostschen und Wirte Groß-Stuttgarts haben den Ausschankpreis für Obstmost vom 1. Februar an auf 2.50 Mk. für das halbe Liter festgesetzt.

Fellbach, 27. Jan. (Einbruch.) Nachts wurde in der Kappelbergstraße ein Einbruch verübt. Der Einbrecher Karl Reimann, früher hier wohnhaft, erbeutete, 8000 Mk. Bargeld, Uhr und Ueberzieher. Er wurde in Stuttgart verhaftet.

Heilbronn, 27. Jan. (Den Vater erschoten.) In der Familie des Schuhmachers Ernst Hoffmann in Bödingen gab es oft Streit, weil der Vater „rechtsdemokratisch“, der 24jährige Sohn Wilhelm „linksdemokratisch“ war. Am 26. November v. J. kam es, nachdem beide dem neuen Wein zugesprochen hatten, nach Mitternacht wieder zu Auseinandersetzungen. Der Vater traktierte den Sohn mit einem Spazierstock, worauf der Sohn dem Vater ein Dolchmesser in die Brust stieß, sodas dieser an einer inneren Verblutung starb. Das Schwurgericht verurteilte den Wilhelm S., der bittere Reue an den Tag legte, zu 4 Jahren Gefängnis.

Herrenberg, 27. Jan. (Genossenschaft.) Auf Veranlassung der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist dieser Tage durch den Landw. Bezirksverein eine Rindvieh- u. -Genossenschaft gegründet worden. Zum Vorstand wurde Domänenpächter Adlung in Sindlingen und zum Stellvertreter Landwirt Martin Haag, Schultheißensohn in Unterjettingen, gewählt. Ein Ausschuss von 10 Mitgliedern ist dem Vorstand beigegeben.

Tübingen, 27. Jan. (Todesurteil.) Der 19-jährige Müllerlehrling Richard Mühl von Erfingen, der im Oktober v. J. die gleichaltrige Landwirtschöchter Emma Wid an Eningen u. A. ermordet hatte, wurde vom Schwurgericht zum Tod verurteilt. Der Beurteilte wurde der Gnade des Staatspräsidenten empfohlen.

Ebingen, 27. Jan. (Eine Falschmeldung.) Anlässlich des Mords an einem Bahnwärter in Steinsfurt bei Heidelberg wurde berichtet, das zwei Burchen aus Ebingen, Johann Wagner und Eugen Paiss, die Täter seien. Wie der „Neue Altbote“ meldet, kommen die beiden Verhafteten nicht in Frage.

Schweningen, 27. Jan. (Wiederaufnahme der Arbeit.) Nach erneuten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterverbände mit den Arbeitgebern der Uhrenindustrie wurde eine Einigung dahin erzielt: Alle Maßregelungen gegen einzelne Streitende werden zurück gezogen mit Ausnahme des Schredenhöfer bei der Firma Mauthe. Diese Angelegenheit soll vor dem Schiedsgericht ihre Erledigung finden. Die Arbeit wurde Donnerstag früh wieder aufgenommen.

Heidenheim, 27. Jan. (Milch.) Am 1. Febr. wird eine städtische Milcherei eröffnet behufs Abgabe einwandfreier Milch an Säuglinge und Kinder bis zu 2 Jahren.

Ulm, 27. Jan. (Tagung der württ. Polizeibeamten.) Auf der hiesigen Tagung der Polizeibeamten Württembergs wurden folgende Forderungen aufgestellt: Die sogenannten Untersführer sollen bei ihrer Umwandlung in Kanzlei- und Verwaltungsstellen, nach vorher abg. legier Prüfung, den Vorkursangehörigen vorbehalten werden. Nach 7jähriger Bewährungszeit soll der Polizeifeldat als Beamter angestellt werden. Die Stellen im Sanitätsdienst sollen nicht nur den zu untersuchen befähigten Polizisten vorbehalten, sondern auch den insoweit Ueberprüfung nicht bedürftigen vorbehalten werden, wenn sie mehr als 7 Jahre treue Dienstzeit aufweisen. Der Urlaub soll nicht nach der Beförderungsordnung, sondern nach den Dienstjahren berechnet werden. Jedem Polizeifeldaten sollen dienstlich 2 Sportauszüge angeschafft werden. Alle Disziplinarakten von vor der Revolution sollen sämtlich vernichtet werden.

Ulm, 27. Jan. (Eine Spuckgeschichte.) Vor der hiesigen Strafkammer kam eine eigenartige Spuckgeschichte zur Verhandlung. Bei einer Witve im Schwarzwald und bei deren Verwandten in Bödingen und Feuerbach hatten sich Geisteserkrankungen gezeigt. Allerlei Geräte des Hauses setzten sich in Bewegung oder wurden herumgeschleudert. Die Bewohner ließen einen „Geistesbannen“ kommen, einen Hypnotiseur aus S., der mit einem Medium die Geister vertrieb. Die Staatsanwaltschaft, die von der Sache erfuhr, erhob Anklage wegen Betrugs, da der Geistesbann für seine Arbeit sich ziemlich reichlich hatte bezahlen lassen. Vom Schöffe gerichtet wurde der Hypnotiseur zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafkammer verworf die eingelegte Berufung.

Spielplan des Württ. Landestheaters.

Großes Haus. 30. Jan.: Wilhelm Tell (6-10 Uhr). — 31. Trombadour (7-10). — 1. Februar S. 3: Palestrina (5 1/2-9 1/4). — 2. Aida (6 1/2-10). — 3. E. 1: Fliegender Holländer (7-9 1/4). — 4. Jungfrau von Orleans (6 1/2-9 1/4). — 5. Morgenfeier: Der Tanz (11 1/4-12 1/4). Tristan und Isolde (5 1/2-10). — 6. Jungfrau von Orlans (7-10).
Kleines Haus. 30. Febr.-Kaiser Ballett (7 1/2 bis 9 1/2). — 1. Febr.: Amphitryon. Der eingebildete Krante (7-10 1/4). — 3. Jungbörg (7 1/2-9 1/2). — 4. Coif san tutte (7-10). — 5. Mar und Moriz. Im Weihnachtswald (3-5). Penelope (7-9 1/2).

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 27. Jan.

Zu Beginn der gestrigen Nachmittags-Sitzung machte Präsident Wittenmann die Mitteilung, das Hans Thoma dem Landtag ein Bild geschenkt habe. Der Landtag nahm diese Mitteilung mit Beifall auf.

In der fortgesetzten politischen Aussprache führte Abg. Freihof (Unabh.) in Anknüpfung an eine Rede des Abg. Crispian auf dem Parteitag in Leipzig aus: Wer sozial ist, kann nicht national sein. (Crispian hatte auf dem Parteitag der Unabhängigen erklärt, er kenne kein Vaterland. D. Schr.) Wir stehen nicht nur

zu dem Worte, das in Leipzig gefallen ist, sondern sind sogar stolz darauf. (Pünktlich bei den bürgerlichen Parteien. — Präz. Wittenmann rügte diese Rede.) Der Redner befahte sich dann mit der Person des Staatspräsidenten, der wohl offiziell die unsichtbare Krone Baden trage; in Wirklichkeit sei der Chef der Zentrumspartei der eigentliche Träger der Krone Baden. (Heiterkeit.) Die Jugend müsse in der Schule zum republikanischen Gedanken erzogen werden, was nur in der weltlichen Schule möglich sei. Er verlangte die unentgeltliche Benützung des Arztes-, Apotheker- und Hebammenwesens.

Abg. Gebhard (Landbund) führte aus, der Landbund sei der Ausdruck dessen, das weite landwirtschaftliche Kreise in den von den anderen Parteien geschaffenen Gesetzen eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen sehen. Die heutigen Parlamente müssten sich mehr wirtschaftlich orientieren. Die Sozialisierung wird abgelehnt. Redner behauptet die Schwarzbrennereien in Mittelbaden, wo Gesetzesübertretungen vorgekommen sind, müsse scharf vorgegangen werden. In manchen Fällen wäre aber auch größere Milde angebracht gewesen.

Abg. Schmitt-Bretten (D.nat.) erörterte Finanz- und Steuerfragen. Es gibt nicht nur eine Not der Mieter, sondern auch eine solche der Hausbesitzer. Redner wandte sich gegen die Sozialisierung von Grund und Boden und gegen eine Aenderung des Leihbuchs.

Um 1/2 8 Uhr verließen die Pressevertreter den Sitzungssaal.

Karlsruhe, 27. Jan. Dem Landtag ist eine Vorlage des Justizministeriums zugegangen, in der um die Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschnationalen Abg. Mager wegen Beleidigung erinert wird. Es handelt sich um eine Klage des Chefredakteurs Otto Pfeiffer vom Heidelberger Tageblatt gegen den Abg. Mager und um dessen Widerklage.

Baden.

Karlsruhe, 27. Jan. Da die Vorlage der Reichsregierung über die Aenderung des Pensionsgesetzes vom Reichsrat und Reichstag noch nicht verabschiedet ist, konnte auch dem bad. Landtag eine entsprechende Gesetzesvorlage noch nicht unterbreitet werden. Den Pensionären soll aber nochmals ein Vorschuss ausbezahlt werden, der für die pensionierten Beamten für die drei Monate Januar bis März 1922, für die Hinterbliebenen für die Monate Januar und Februar berechnet wird. Mit der Auszahlung wird sofort begonnen.

Bretten, 27. Jan. Aus dem Nachschneiszug 69, Bretten ab 11.40 Uhr nachts, wurde am Mittwoch nacht bei der Durchfahrt in Detlisheim laut „Brett. Tagbl.“ auf den dortigen Haltepunktwärter geschossen. Von dem Täter hat man keine Spur.

Heidelberg, 27. Jan. In einer Verhandlung des Schwurgerichts, in der die Desfentlichkeit teilweise ausgeschlossen werden mußte, hatte sich die Wirtbesitzerin Maria Menges aus Kirchh. im wegen Tödtung zu verantworten. Sie hatte ihren Mann, einen Säuger, der eine sogenannte Animerkeusche unterhielt, nach einem heftigen Streit erschossen. Die Geschworenen waren der Ansicht, das Notwehr vorliegt, und sie verneinten die Schulfrage, worauf die Menges freigesprochen wurde. Die Zuhörer nahmen das Urteil mit Beifall auf.

Malsch (b. i. Etlingen), 27. Jan. Bei einem hiesigen Wirt ist laut „Bad. Landsmann“ eine geheime Schnapsbrennerei entdeckt und Sitz beschlagnahmt worden.

Mannheim, 27. Jan. In einer Geheirei wurden einige Arbeiter durch austretende Gase betäubt; hierbei fand der 32jährige verheiratete Tagelöhner Kl. Häder von St. Leon den Tod.

Kastatt, 27. Jan. Die ehemaligen 14er Infanterie-Regimenter werden am 29. April hier ihren Regimentstag abhalten.

Lahr, 27. Jan. Die Polizei verhaftete ein aus Schmalkalden zugezogenes Pärchen, das auf der Fahrt von Reiningen nach Schmalkalden einen im Zug in Folge Alkoholvergiftung verstorbenen Reisegast ausgetraut hatte und wegen anderer Diebstahle gesucht wird.

Vermischtes.

ep. Aus der evang. Kirche Württembergs. Im Jahr 1920 wurden von ev. Eltern 42 940 Kinder geboren, darunter aus gemischten Ehen 3725, uneheliche 4264. Getauft wurden 40 797, darunter aus gem. Ehen 2176. Taufverweigerung 309. Eheschließungen 23 614 (davon gem. 2932; ev. Trauungen 20 337 (dav. gem. 1370). Bestattet 23 675, darunter 25 ohne kirchliche Mitwirkung. Konfirmiert 39 210, dav. 1856 aus Mischehen. Am Abendmahl beteiligten sich 694 329. Ausgetreten 2098 (L. B. 1203), davon zur kath. Kirche 125. Die kirchlichen Opfer ergaben 3 500 780 Mk. (2.10 auf den Kopf) gegen 2 008 524 Mk. in 1919 (1.20 Mk.).

Die kath. Stadtkirche in Lindau i. B. ist in der Nacht zum 26. Januar vollständig ausgebrannt. Aus der Kirche konnte nur wenig gerettet werden.

Zum Brand des Dessauer Friedrich-Theaters. Der Brand des Friedrich-Theaters ist auf einen Schaden in der Luftbeizung zurückzuführen. Das Künstlerpersonal ist hart betroffen, da es im Fall eines Brands als entlassen gilt. Das Kuratorkom. hat sich zum Wieder- aufbau des Theaters entschlossen. Die in Dessau wohnenden Mitglieder des Herzogshauses haben sich bereit erklärt, zum Neubau beizusteuern und haben bereits einen Bauplatz im Park zur Verfügung gestellt.

Wiener Straßenbahntarif. Der Ausschuss der Wiener Stadterversammlung hat der nochmaligen Erhöhung der Straßenbahntarife von 60 auf 75 Kronen zum 15. Februar zugestimmt.

Der Achtstundentag in Dänemark. Der dänische Arbeitgeberverband kündigt für den 3. Februar die Aussetzung von ungefähr 100 000 Arbeitern verschiedener Berufe an, mit deren Verbänden bisher eine Einigung über die Lohnherabsetzung und die Aufhebung des Achtstundentags nicht zu erreichen war.

Ein Savonarola-Rudenz. Bei einem Florentiner Antiquar ist dieser Tage auf Anordnung der italienischen Regierung ein Stuhl aus dem Besitz von Savonarola beschlagnahmt worden. Das Erinnerungsgut an den großen Prediger sollte ans Ausland verkauft werden.

ep. Frankreich und der Islam. Das französische Parlament hat nach einem Bericht der engl. Zeitschrift „The World of Islam“ für den Bau einer Moschee in Paris eine halbe Million Franken samt dem nötigen Baugrund im Mittelpunkt der Stadt bewilligt. Dazu sind nun noch weitere 450 000 Franken von den Moslems der französischen Kolonien in Nordafrika zugesichert; Algier soll den Imam stellen. Mit dem Bethaus soll ein mohammedanisches Institut mit Studienzimmern, Bibliothek und einer Ausstellung für orientalische Kunst und Industrie verbunden werden.

ep. Das Zahlenverhältnis der Weltreligionen. Nach einer Ausstellung der „Zeitschrift für Missionswissenschaft“ zählt man unter etwas mehr als 1700 Mill. Menschen 683 Mill. Christen, und zwar 305 Mill. Katholiken, 220 Mill. Evangelische, 158 Mill. orientalische Christen (einschl. der russischen). Unter den Anhängern nichtchristlicher Religionen schätzt man die Mohammedaner auf 230, die Buddhisten auf 500, Hinduisten auf 200, Animisten auf 100 Millionen. Die Zahl der Christen befindet sich somit in der Mitte zwischen einem Drittel und der Hälfte der Menschheit.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 28. Januar 1922.

Schneeschuhwettläufe. Am morgigen Sonntag veranstaltet die Ortsgruppe Pforzheim des Skiclubs Schwarzwald in Wildbad auf dem Sommerberg allgemeine Schneeschuhwettläufe, die nach den eingelaufenen Anmeldungen äußerst zahlreichen Besuch erwarten lassen. Als Schiedsrichter fungiert Herr Professor Hohlhepp von Karlsruhe. — Die Nodelbahn am Sommerberg, die bekanntlich von der oberen Bergbahnstation bis zur Haltestelle der Bergbahn am Panoramaweg geht, so das zur Auffahrt die Bergbahn benötigt werden kann, ist in gutem Zustande und wird eifrig auch von auswärtigen Gästen befahren.

Linden-Lichtspiele. Am Dienstag, den 31. Jan. 1922 und Mittwoch, den 1. Febr. 1922, jeweils abends 8 Uhr läuft in den Linden-Lichtspielen der mit großer Spannung erwartete monumentale Schneeschuhfilm „Das Wunder des Schneeschuh“ in 5 Akten. Mit den deutschen Meisterschneidern, Schneider, Dr. Baader und Dr. Billingier in den Hauptrollen. Ort der Handlung: Schwarzwald, Garmisch-Partenkirchen, Tirol und Schweiz (Jungfrau). Ein Naturfilm, der ein ganzes Programm ausfüllen soll? Mancher wird darüber zweifelnd den Kopf schütteln, ob das überhaupt möglich ist, und das es möglich ist beweist, das der Film in allen großen Städten Deutschlands mit beispiellosen Erfolgen gelaufen ist. Es ist einmal eine Abwechslung, nicht wie bei anderen Sensationsfilmen Kampf, Mensch gegen Mensch, sondern Kampf, Menschen gegen Natur-Gewalt. Kampf im wahrsten Sinne des Wortes, denn was in diesem Schneeschuh-Sportfilm an aufregenden Momenten gezeigt wird, macht den Atem stocken. Was den Film vor allen anderen auszeichnet, ist, das sämtliche Aufnahmen, Naturaufnahmen sind und die Hauptdarsteller keine Schauspieler, sondern Sportsleute sind. Dienstag nachmittag 2 bis 4 Uhr finden zwei Vorstellungen für Schüler hiesiger Schulen statt. Der Eintrittspreis ist bei den Schüler-Vorstellungen auf Mk. 2.50 festgesetzt. Die hiesigen Schulen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, falls Dienstag nachm. in den 2 Vorstellungen nicht alle Schüler von Wildbad Platz finden sollten, findet Mittwoch nachm. noch eine Vorstellung zusammen mit den Schulen von Calmbach und Wildbad statt. Also am Dienstag und Mittwoch auf in die Linden-Lichtspiele.

Der Rückgang im Postverkehr. Gegenüber der Berliner Meldung, das sich im Brief- und Telegrammverkehr seit 1. Januar ein Rückgang um fast 50 Prozent ergeben habe, teilt das Reichspostministerium mit, das der Telegrammverkehr gegenüber dem Vorjahr um etwa 15 Prozent, der Ortstelephonverkehr um 13, der Fernlelephonverkehr um 14 Prozent abgenommen habe. Ueber den Briefverkehr sind keine Erhebungen angestellt worden.

Angebote auf Drucksachekarten. Nach dem neuen Posttarif kosten Drucksachekarten und Ansichtskarten 40 Pfg. Porto. Auf Ansichtskarten sind fünf geschriebene Worte zugelassen. Drucksachekarten dagegen werden schon beanstanden, wenn nur ein Wort geandert, durchstrichen oder zugefügt ist. In einer im Reichstag gestellten Anfrage wird darauf hingewiesen, das diese Bestimmungen die Ausschaltung von Angeboten auf Drucksachekarten bedeutet; denn bei den heutigen Preisverhältnissen muß der Kaufmann Preisänderungen auf solchen Karten vornehmen können. Ein Grund für die Benachteiligung der den Geschäftswesen dienenden Drucksachekarten gegenüber den Ansichtskarten ist nicht einzusehen. Es wird daher gefragt, ob die Reichsregierung bereit ist, schlenigst für Beilegung dieser Belastung des Gewerbes Sorge zu tragen.

Ein leeres Zigarrenstücken kostet heute mit Etikette und Anschlagung etwa 5 Mark d. h. ebenso viel als früher im Großhandel eine gefüllte Kiste einschließlich der Verbandskosten.

ep. Der Religionsunterricht in der Schule. Von der Unterschriftenammlung des Evang. Volksbunds zum Religionsunterricht in der evang. Schule sind bisher die Ergebnisse aus 746 württembergischen Gemeinden mit 914 066 evang. Einwohnern festgesetzt worden. Es wurden bisher 354 375 Unterschriften gegeben; das sind etwa 70 v. H. der politisch Wahlberechtigten in diesen Orten. Dabei sind die bisher festgestellten Teilergebnisse aus der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart mit 36 619 Unterschriften noch nicht eingerechnet. Von 279 Gemeinden sind noch Mitteilungen zu erwarten.

Rückgang im Postverkehr. Seit dem 1. Januar ist infolge der Tarifserhöhung nach dem „Berl. Volksw.“ der Brief- und Telegrammverkehr fast um die Hälfte zurückgegangen. Ueber den Fernsprechverkehr liegen noch keine Erhebungen vor.

Auch der Doktorhut wird teurer. Der „Reichsanzeiger“ meldet: die Vorstufen für die Erteilung der Würde eines Dr. med. vet. (für Tierärzte) werde dahin abgeändert, das die Prüfungsgebühren auf 600 Mk. für Ausländer auf 1000 Mk. erhöht werden.

— Gültigkeit der Fahrkarten. Die Gültigkeit der Fahrkarten wird für die letzten Januartage dahin eingeschränkt, daß die Reise mit Fahrkarten, die vom 29.—31. Januar gelöst werden, spätestens am 31. Januar angetreten werden muß. Dies erfolgt mit Rücksicht auf die Erhöhung der Eisenbahnpersonentaxen. Von dieser werden auch die Bahnsteigkarten betroffen, die ab 1. Februar 1 Mk. kosten.

— Neuregelung der Mehnerbeforderung. Das bischöfliche Ordinariat Rottenburg hat mit Wirkung vom 1. Januar ab die Mehnerbeforderungen in folgender Weise geregelt: In Pfarrgemeinden mit 1 Geistlichen ein Grundgehalt von 1000 Mk., in Gemeinden mit 2 Geistlichen 1200 Mk., in Gemeinden mit 3 Geistlichen und täglicher Frühmesse 1600 Mk., in Pfarrgemeinden mit 3 Geistlichen mit täglicher Frühmesse 2000 Mk., in Pfarrgemeinden mit 4 und mehr Geistlichen mindestens 2800 Mk., dazu in allen Pfarrgemeinden eine Feuerungszulage von 50 Prozent. Die Kirchenreinigung wird besonders entschädigt. Die Dienstwohnung oder Nutzung von Grundstücken sind anzurechnen.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die außenpolitische Lage, vor allem aber die sich hinziehenden Beratungen über das Steuerkompromiß und die Zwangsanleihe, schufen am Geldmarkt eine unsichere und schwankende Haltung. Am deutlichsten prägte sich dies im Dollarkurs aus. Für 1 Dollar zahlte man am 20. Jan. 191 Mk., am 23. aber 204¹/₂ Mk., am 25. sogar 212,80 Mk., am 26. war er wieder rückgängig mit 200,20 Mk. Nach wie vor glaubt man aber einem gewissen Optimismus, der auch die Kangerrede durchzog, in der Richtung huldigen zu dürfen, daß die Wirtschaftskonferenz in Genua eine Klärung der internationalen Valutaverhältnisse bringen werde. 100 deutsche Reichsmark kosteten am 26. Jan. in Zürich 2.57 (am 19. Jan. 2.70) Franken; in Amsterdam 1.35 (1.42) Gulden; in Kopenhagen 2.53 (2.67), in Stockholm 2.03 (2.15) Kronen; in Wien 4847 (4222) Kronen, was mit einer Hausse an der Wiener Börse zusammenhängt, und in Newyork 0.48 fünf Achtel (0.51¹/₂) Dollar.

Börse. Die Börse verkehrte fast durchweg in gedrückter, nur teilweise befestigter Stimmung. Die bevorstehende, für 3 Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe, die auf Grund der Reichsopferverordnung erhoben werden soll, führte zu Abgaben am Effektenmarkt. Da aber gleichzeitig bei den Steuerplänen die bisherigen Nachkriegssteuern fallen gelassen werden sollen, wurde die Belastung des Kapitalmarkts nicht allzu schwer beurteilt. Dennoch ist die Lage völlig ungeläutert wie die Wirkung der neuen Steuern auf die Industrie und Wirtschaft. Nur einzelne wenige Spezialpapiere konnten in dieser Börsenwoche ihre Kurse im Ber-

gleich zur Vorwoche behalten. Fast durchweg waren Rückgänge von 20—75 Prozent zu verzeichnen.

Produktenmarkt. Auch der Produktenmarkt war von der unsicheren Lage stark beeinflusst, dennoch die Tendenz fast durchweg fest. Die Preise zogen sogar an, wobei die Ankündigung der 75proz. Erhöhung der Brotpreise und die neuen Gütertarife ab 1. Februar mitwirkten. In Berlin notierten am 26. Januar je 50 Kg. Weizen 405—407 (+ 24—27), Roggen 314—315 (+ 7—8, Gerste 373—375 (+ 18—20), Hafer 300 bis 302 (+ 14—18), Mais 305—320 (+ 13—30). In der Stuttgarter Produzentenbörse wurden für je 100 Kg. Stroh 95—100 Mk. (+ 5—10) und für Heu 280 bis 300 Mk. (+ 20—40) bezahlt.

Warenmarkt. Die Preissteigerung ist in vollem Gange, begünstigt durch die Tarifserhöhung, die Lohnforderungen und Streiks, die Transportwierigkeiten und mangelhafte Wagengestellung, sowie der neuen Steuerentwürfen. Die bevorstehende Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent wird eine weitere Preissteigerung der meisten Warenprodukte nach sich ziehen. Die Erhöhung der Milchpreise hat bereits ein Anziehen der Fettpreise veranlaßt. Die maßgebende Kemptener Notierung vom 25. Jan. für Butter stellte sich auf 31.18 Mk. für das Pfd. (Vorwoche: 30.25). Auch die Lederpreise ziehen an. Auf der Hantauktion am 24. Jan. in Ulm wurden Kalbsfelle mit 12 Proz. höher bezahlt.

Rindviehmarkt. Unter dem Einfluß der starken Ausfuhr von Schlachtwieh aller Art, das vornehmlich nach dem Rheinland geht, zeigen die Viehpreise weiterhin steigende Tendenz. Auch für Pferde werden wieder höhere Preise angelegt. Auf dem Ulmer Hofmarkt kosteten schwere Arbeitspferde bis zu 40 000 Mk.

Holzmarkt. Die Preissteigerung ist in vollem Gange. Selbst die Staatsforstverwaltungen machen mit. Die Holzindustrie steht vor einer schwierigen Lage trotz des eben beendeten Ausstands.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 27. Januar 201 Mark.

Die jüdd. Mühlenvereinigung hat den Weizenmehlpriß Spez. 0 um weitere 75 auf 1275 Mk. für 100 Kg. ab Mühle erhöht. Die Mühlenvereinigung hat nun in dieser Woche bereits die zweite Preisserhöhung vorgenommen und den Weizenmehlpriß im ganzen um 125 Mk. erhöht.

Neue Holzlieferungen an die Entente. Soeben werden die Forderungen an Holz bekannt, die die Ententestaaten für das laufende Jahr an Deutschland gestellt haben. So verlangt Italien 400 000 Kubm. Schnittholz, rund 100 000 Hfm. Nadelrundholz und etwa 1000 Hfm. Eichenrundholz. Belgien will wieder 100 000 Hfm. Rundholz wie im verfloßenen Jahr abnehmen. Die Preisforderungen Frankreichs, die noch nicht abgerufen

worden sind, erlösten und taugen in der neuen Anforderungen wieder auf. Zu den bedeutenderen Forderungen gehören 200 000 Telegraphenleitungen. Lediglich scheint Belgien bereit zu sein, einen Teil der von Frankreich angeforderten, aber nicht abgerufenen Holzleistungen zu übernehmen. Mit einer großen und unerwarteten Forderung kommt Belgien, das 2,65 Millionen Schwelen haben will. Da die Einschlagperiode in diesem Jahr am 31. März abläuft, macht es große Schwierigkeiten, das notwendige Rundholz dazu bereitzustellen.

Stuttgart, 26. Jan. Dem Schlachtwiehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 186 Ochsen, 25 Bullen, 160 Junghullen, 219 Jungrinder, 398 Kälber, 392 Kälber und 776 Schweine. Erlöst wurden aus 1 Htr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1000—1120, zweite 750—900, Bullen erste 900—1030, zweite 750—850, Jungrinder erste 1030—1140, zweite 820—980, dritte 680—780, Kälber erste 720—880, zweite 550—670, dritte 400—510, Kälber erste 1200—1280, zweite 1050—1190, dritte 1000—1070, Schweine erste 1650—1720, zweite 1500—1600, dritte 1250—1450 Mk. Verkauf des Marktes: Großvieh und Schweine belebt, Kälber mäßig.

Ulm, 26. Jan. Dem Pferdemarkt waren ungefähr 600 Pferde zugeführt. Handel lebhaft. Preise für junge schwere Arbeitspferde 30—35 000, ganz schwere bis 40 000 Mk., junge mittelschwere Arbeitspferde 20—30 000 Mk., ältere Pferde 8—15 000 Mk., Schlachtpferde 3—5 000 Mk. das Stück.

Freudenstadt, 26. Jan. Bei dem Stammholzverkauf kamen zum Verkauf 933 Fichten und Tannen mit 1530 Festmeter Langholz 1.—6. Klasse und 244 Fm. Sägholz 1.—3. Kl. Das Ausbrot betrug 471 707 Mk., der Erlös 1 633 256 Mk. gleich 346,3 Prozent der Forstpreise.

Evangel. Gottesdienst. Sonntag, 29. Jan. 9¹/₂ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10¹/₂ Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Töchter): Stadtvikar Dieterle. 8 Uhr Bibeltunde: Derselbe.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 29. Jan. 7¹/₂ Uhr Frühmesse, 9¹/₂ Uhr Predigt und Amt, 1¹/₂ Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: Montag und Donnerstag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7¹/₂ Uhr hl. Messe, Dienstag Requiem für den Papst Benedikt. Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag früh, Werktags vor der hl. Messe, Donnerstag abend von 5—6 Uhr. Kommunion: Sonntag bei der Frühmesse, Montag nicht, Donnerstag 7 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 31. Januar 1922
nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Bergbahnfahrpreise.
2. Herstellung von Aborten an der unteren und oberen Bergbahnstation.
3. Erhöhung der Wartgelder der Farrenhalter.
4. Verschiedenes.

Heute abend 9¹/₂ Uhr findet im Saale zur „Sonne“ hier ein

Vortrag

statt von Herr Oberlehrer Wunderlich aus Stuttgart über das Thema „Zeitgemäße Erziehung unserer Jugend“.

Hiezu ist jedermann freundlichst eingeladen.

S. A.: A. Geray, Hauptlehrer.

Diejenigen Inhaber von Depositen-Büchern (Sparbüchlein)

welche solche noch nicht zwecks Nachtragung der Zinsen pro 1921 etc. bei uns eingereicht haben, werden gebeten, die Büchlein baldmöglichst bei uns vorzulegen.

Direktion der Diskonto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad.

Kinder-Tabletten

Maner Erleichterung bei
Mägen, Raucher
Reiz
Schmerz vor:
Bauchschmerz, Kolik

Zu haben in Wildbad:
Drogerie
Gebr. Schmit.

Einladung.

Reichsbund der Kriegsbefähigten
Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen
Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 29. Januar 1922 hält die Ortsgruppe Wildbad in sämtlichen Lokaltäten der „Alten Linde“ eine

Abendunterhaltung

mit theatralischen und musikalischen Auf-
führungen, sowie Gabenverlosung
ab, zu welcher die Einwohnerschaft Wildbads
herzlichst eingeladen wird.

Eintrittspreis 7 Mark.

Jedoch werden der Wohltätigkeit keine Schranken
gesetzt.

Saalloffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Aufführung für Mitglieder und deren Ange-
hörigen, sowie für Spender freiwilliger Gaben
Samstag, den 28. Januar.

Saalloffnung 7 Uhr. Anfang 7¹/₂ Uhr.
Mitgliedskarte mitbringen.

Der Reinerlös beider Abende ist für die hiesigen
Kriegswaisen bestimmt.

Die Ortsgruppenleitung.

Freiwillige Gaben können im Gasthaus zur „Alten
Linde“ abgegeben werden.

Irrigatoren compl.,
sowie sämtl. Ersatzteile.

Zu haben in der Med.
Drogerie A. u. B. Schmit.

Scherben-Doktor!

Klebt, leimt und kittet alles sofort
tadellos u. dauerhaft. Zu haben
bei Gebr. Schmit Med.-Drogerie

Dresdner Bank

Kapital 550 Millionen Mark
Reserven rund 400 Millionen Mark

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Musik-Berein Wildbad.

Zu der am Sonntag abend
im Gasth. zur „Alten Linde“
stattfindenden

Abend-Unterhaltung

des Reichsbund der Kriegs-
beschädigten, Kriegsteilnehmer
und Hinterbliebenen ist Ein-
ladung an den Verein er-
gangen.

Da der Reinerlös einem
wohltätigen Zwecke dient, wird
um zahlreichen Besuch der
Abend-Unterhaltg. besonders
ersucht.

Der Vorstand.

Turn-Verein Wildbad.

Der Verein besucht die

Abend-Unterhaltung

des Reichsbundes der Kriegs-
beschädigten und Hinterblie-
benen wegen verschiedener
Umstände schon

heute Samstag abend
Der Vorstand.

Fußb.-Verein Wildbad

vereinigter Fußball-
und Sportverein.

Wettbewerb

der 3. u. 4. Mannschaft
gegen
Neuenbürg

Abfahrt 1/2 Uhr mit Auto
vom Lokal aus.

Spelerversammlung

im Gasthaus zur „Rose“.
Tagesordnung:
Wahl der Spielführer u. Bei-
sitzer im Spelausschuß.
Aufstellung der Mannschaf-
ten gegen Neuenbürg.
Der Spelausschuß.

Anständiges Mädchen

für alle Hausarbeiten für
dauernd oder zur Aushilfe
gesucht.

Zu erfragen in der Tag-
blatt-Geschäftsstelle.



Damen- und Mädchen- Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.